

Niederschrift

über die 24. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (6. Wahlperiode)
am **06.11.2018**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|--------------------------|--------------------------------|
| 1. Karl-Heinz Olschewski | X |
| 2. Bernhard Franke | e (in Vertretung: Helga Holtz) |
| 3. Jürgen Michalski | X |

sachkundige Einwohner:

- | | |
|---------------------|----|
| 4. Günter Tiedemann | X |
| 5. Dirk Brieger | ue |

Gäste:

- | | | |
|-----------------|---|---------------------------------|
| Herr Behrens | - | Amtsotr. Finanzen |
| Frau Schierhorn | - | GF Wohnungsverwaltung Binz GmbH |

**Niederschrift der 24. Sitzung des Finanzausschusses vom 06.11.2018
- öffentlicher Teil -**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Tagungsort: Sitzungsraum 117, Gemeindeverwaltung
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:15 Uhr

zu 1.

Herr Michalski begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.

Die Themen der Kurverwaltung zur geplanten Gästekarte, Fremdenverkehrsabgabe und somit zum Haushalt wurden vorerst nicht auf die Tagesordnung des Finanzausschusses gesetzt, weil es noch Klärungsbedarf gibt, so Herr Behrens. Im Betriebsausschuss soll in der kommenden Woche darüber diskutiert werden, möglichst unter Hinzuziehung der Mitglieder des Finanzausschusses. Der Haushaltsplan soll zum Ende des Jahres beschlossen werden, um 2019 gleich handlungsfähig zu sein.

Herr Michalski erinnert an den ehemaligen Finanzausschussvorsitzenden Herrn Krause, welcher leider verstorben ist. Mit ihm verliert die Gemeinde einen engagierten Bürger. Die Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden, denen man viel Kraft und Energie für die Verarbeitung dieses Verlustes wünscht.

Der Entwurf des Sitzungsplanes 2019 wird zusätzlich auf die Tagesordnung genommen. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 4**
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussempfehlung zum Haushaltsplan 2019 der Gemeinde Ostseebad Binz
6. Beratung und Beschlussempfehlung zur zweiten Änderung zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Ostseebad Binz
7. Beratung und Beschlussempfehlung zum Wirtschaftsplan 2019 der Wohnungsverwaltung Binz GmbH

nicht öffentlicher Teil:

8. Beratung zum Sitzungsplan 2019
9. Beratung und Beschlussempfehlung zu einem Antrag auf Niederschlagung
10. Beratung und Beschlussempfehlung zu einem Antrag auf Niederschlagung
11. Beratung und Beschlussempfehlung zu einem Antrag auf Niederschlagung

zu 3.

Frau Holtz merkt an, dass sie in Vertretung von Herrn Franke anwesend ist. Dies bittet sie auch für die vergangene Sitzung zu berücksichtigen.

Das Protokoll der Sitzung vom 02.10.2018 wird einstimmig bestätigt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 4.

Herr Witte fragt, ob der Finanzausschuss für die gesamte Gemeinde zuständig ist, auch für die Kurverwaltung? Ihm geht es um die kommende Rechnungsprüfung, die er als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses durchführt. Er hat sich darüber informiert, dass dieser Ausschuss auch die Angelegenheiten der Kurverwaltung prüfen könne.

Alle Dinge, welche die Gemeinde und die Eigenbetriebe betreffen, werden im Finanzausschuss behandelt, so Herr Michalski.

zu 5.

Herr Behrens äußert, dass der Haushaltsplan in der gleichen Form zur Beschlussfassung gegeben wird, wie er aus der Lesung kam. Noch nicht eingearbeitet ist der Orientierungsdatenerlass (Zuweisungen für Einkommens-/Umsatzsteuer, Familienleistungsausgleich, Schlüsselzuweisungen fehlen noch, ebenso die Kreisumlage). Heute sind die Zahlen gekommen, Änderungen werden bei Bedarf über den Nachtrag eingearbeitet.

Herr Olschewski hat seine Fragen bereits heute Vormittag bei Herrn Behrens geklärt.

Die Frage nach dem Familienleistungsausgleich beantwortet Herr Behrens dahingehend, dass es sich um die Zuweisungen vom Land für übertragene soziale Aufgaben handelt, z. B. Wohngeldauszahlungen.

Der Grenzbetrag ist das Geld der Eltern von Schülern der Regionalen Schule und der Grundschule für Arbeitsmaterialien, Kopien. Der Satz ist vom Land festgelegt.

Der Schreibfehler bei den Vergnügungssteuern wird korrigiert.

Herr Behrens bittet um Beachtung, dass im Stellenplan (vorliegende Papierform) der „ku-Vermerk“ fälschlicherweise bei der Leiterin Ordnungsamt steht – er gehört zur Stelle der Amtsleiterin Bauamt. Online wurde die Änderung heute bereits vorgenommen.

Der „ku-Vermerk“ bedeutet, dass aus dieser Stelle bei Neubesetzung eine Beamtenstelle wird. Die Schaffung von Beamtenstellen ist eine Forderung des Landes.

Im Nachtragshaushalt 2018 ist eine falsche Zahl bei der Grundsteuer A + B enthalten, so Herr Michalski. Hier fehlt eine Null.

Herr Michalski spricht die vorgesehenen 10 Buswartehäuschen an und regt an, die Werbeflächen zu vergeben, um Einnahmen zu erzielen – möglichst mit einer Werbung für den jeweiligen Standort. Zu prüfen wäre, ob das mit der Einwerbung von Fördermitteln vereinbar ist.

Auf die Frage von Frau Holtz nach dem recht hohen Betrag, der für die Buswartehäuschen eingeplant ist, äußert Herr Behrens, dass nicht die Häuschen so viel kosten, sondern die Fundamente. Die 180.000 € sind für 10 Buswartehäuschen.

Weiterhin fragt Herr Michalski nach den vorgesehenen 3 Wettbewerben, u. a. für eine Dreifeldhalle. Geht es um die Mehrzweckhalle?

Der Begriff muss korrigiert werden, so Herr Behrens, es handelt sich um die Mehrzweckhalle.

Die Steigerung bei den Tageseinrichtungen für Kinder ist gewaltig, so Frau Holtz (von 591.000 € auf 769.000 €).

Das ist der neue Vertrag, so Herr Behrens.

Zur vorgesehenen Einstellung von eigenen Reinigungskräften für die Grundschule und Turnhalle äußert Herr Behrens, dass man sich davon eine qualitative Verbesserung der Reinigung verspricht und dies dann bei Erfolg auf weitere kommunale Gebäude ausdehnen möchte.

Herr Michalski spricht die positiven Aspekte an, wie die Flexibilität, verweist aber auch auf die nachteiligen Aspekte wie Urlaubs- und Krankheitsvertretung.

Frau Holtz bittet um Informationen zum Punkt „Ausbau der Ahlbeck“.

Herr Behrens nimmt die Frage mit und wird sich nach den Details erkundigen. Es handelt sich um ein gefördertes Projekt durch den Zweckverband.

Die Einnahmen beim Standesamt beliefen sich 2017 auf 27.000 €, 2018 ebenfalls, obwohl weniger Eheschließungen durchgeführt wurden, 2019 geht man auch von dieser Zahl aus, merkt Frau Holtz an.

Der Standard wird gehalten, so Herr Behrens, es handelt sich um Planzahlen.

Abschließend weist Herr Behrens darauf hin, dass die seit Jahren anhaltenden guten Steuereinnahmen sich jederzeit verschlechtern können und die Einnahmesituation möglichst stabil gehalten werden muss, unabhängig von den Zuweisungen. Deshalb ist der Verkauf des MZO-Geländes ein ganz wichtiger Punkt. Für 2018 konnte der nicht realisierte Verkauf durch die guten Steuereinnahmen kompensiert werden, das wird in 2019 aufgrund der zahlreichen vorgesehenen Projekte nicht gelingen.

Der Finanzausschuss gibt die Empfehlung zur Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2019 durch die Gemeindevertretung.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

zu 6.

Herr Michalski entnimmt der Beschlussvorlage, dass es sich um begriffliche bzw. gesetzliche Änderungen in der Hundesteuersatzung handelt.

Herr Behrens erklärt, dass in der bisherigen Fassung vermerkt war, dass der Hundebesitzer für die Steuerermäßigung bzw. Steuerbefreiung alle 2 Jahre ein aktuelles Prüfungszeugnis vorlegen sollte – dies ist aber nicht richtig, weil das Prüfungszeugnis für das gesamte Hundeleben gilt.

Weiterhin wird unter § 12 Abs. 2 „Steuermarken“ eingefügt: „Spezielle gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt (z. B. bei Jagdhunden im Einsatz).“ D. h., dass diese keine Steuermarke tragen müssen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses empfehlen die Beschlussfassung der 2. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Ostseebad Binz vom 27.06.2000.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Da Frau Schierhorn zum Punkt 7 erst um 17 Uhr anwesend sein kann, unterbricht Herr Michalski den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Gäste um Verständnis, den Raum zu verlassen, um den nichtöffentlichen Teil behandeln zu können. Wenn Frau Schierhorn erscheint, wird der öffentliche Teil mit Punkt 7 unter Hinzuziehung der Gäste fortgeführt.

zu 7.

Herr Michalski begrüßt Frau Schierhorn.

Frau Schierhorn gibt einige Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2019 der Wohnungsverwaltung Binz GmbH:

- Aufsichtsrat tagte dazu am 15.10.2018
- vorgesehene Instandhaltungsmaßnahmen von 1,2 Mio. €
- Investitionen: 250.000 € ins Sacheinlagevermögen (Schaffung von Feuerwehruzufahrten als 2. Rettungswege), 10.000 € in Büro- und Geschäftsausstattung
- Umsatzerlöse sind stabil
- Betriebskosten bewegen sich auf dem Niveau von 2018
- Instandhaltungsaufwendungen gliedern sich in laufende Aufwendungen (267.000 €) und einmalige Aufwendungen (995.000 €), z. B. Strangsanierungen mit Fertigstellung in der Dünenstraße im Jahr 2019
- Einführung einer neuen wohnungswirtschaftlichen Software (80.000 €)
- strukturelle Änderungen beim Personal sind weitestgehend abgeschlossen
- planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.158.200 €
- Eigenkapitalquote erhöht sich geringfügig, liegt bei 27 %
- Grundstück Jasmunder Str. 11 soll lt. Notarvertrag zum 30.06.2022 an die Gemeinde zurückgeführt werden, dadurch droht ein Verlust, der in den Planungen berücksichtigt wird
- ein kleines Werbebudget ist aufgrund des 25jährigen Jubiläums der Wohnungsverwaltung Binz GmbH im Jahr 2019 aufgelegt worden (Imageförderung durch ein Mieterfest o. dgl.)
- geplanter Jahresüberschuss voraussichtlich 289.810 €
- für 2018 vorgesehene Sanierungen sind planmäßig durchgeführt worden
- erstmalig ist ab Aug. 2018 ein Auszubildender zum Immobilienkaufmann eingestellt worden, Personalkosten sind eingeplant
- Wohnungen in der Waldstr. 1 sind alle belegt, Nachfrage ist da
- in der Proraer Chaussee wird hauptsächlich an Mitarbeiter aus der Gastronomie vermietet, häufiger Wechsel (möblierte Vermietung)
- Probleme/Wartelisten gibt es bei der Vermietung nicht – wenn Anträge gestellt werden, bekommen die Interessenten in der Regel eine Wohnung, sobald eine zur Verfügung steht

Die Mitglieder des Finanzausschusses geben die Empfehlung zur Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2019 der Wohnungsverwaltung Binz GmbH durch die Gemeindevertretung.

Abstimmung:

**Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0**



Michalski
Ausschussvorsitzender



Lußky
Protokollantin